

## Niederschrift

### zur 36. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 22.11.2012	18:05- 21:05 Uhr	Gerhard-Goßmann-Grundschule (Leseraum), Bahnhofstraße 22 in 15517 Fürstenwalde

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Elke Wagner,

##### Fraktion DIE LINKE.

Martin Gollmer, Helga Juraschek, Maria Meinel Vertretung für Frau Monika Fiedler, Käthe Radom, Gerold Sachse,

##### CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann bis 20:30 Uhr,

##### SPD-Fraktion

Helga Bluschke, Klaus Runge,

##### FDP-Fraktion

Eberhard Henkel, Petra Schumann,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz bis 19:50 Uhr,

##### Sachkundige BürgerInnen

Ines Jeske, Hans-Joachim Lachmann,

**Gäste:** Schulleiterin der Gerhard-Goßmann-Grundschule Frau Langmeier und Elternsprecherin Frau Kirchner-Rätsch, Herr Sweet vom Integrationsbeirat, Herr Lehmann ehrenamtlich tätig für die Krause & Böttcher Bildungsstättenberatung GmbH, Dr. Oehler von der Kulturfabrik gGmbH, Frau Müller und Herr Hellmann von den Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen (FSF) – Kommunalen Eigenbetrieb

**Verwaltung:** Bürgermeister Herr Hengst und Werkleiter des Kommunalen Eigenbetriebes FSF, Erster Beigeordneter Herr Dr. Fehse, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung Herr Roch, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung Herr Politz, Fachgruppenleiter Kultur und Sport Herr Diedrich, Fachgruppenleiter Öffentliche Ordnung und Gewerbe Herr Malcher

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende eröffnet um 18:05 Uhr die 36. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind 13 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Der **Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung** bittet die zwei vorliegenden Beratungsdrucksachen (Tischvorlagen) zusätzlich in die bestehende TO aufzunehmen. Beratungsgegenstände sind die Satzung für die vorübergehende Unterbringung obdachloser Personen in der Stadt Fürstenwalde/Spree (5/517) und die Erarbeitung eines Konzeptes zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern (Integrationskonzept) in der Stadt Fürstenwalde/Spree (5/525).

Frau **Wagner** ordnet die Drucksachen den TOPen 6.5 und 6.6 zu.

Der Abgeordnete **Apitz** bemängelt an dieser Stelle, dass der Sitzungsort für Rollstuhlfahrer nicht barrierefrei zugänglich ist und somit die Öffentlichkeit der Sitzung nicht gegeben ist. Da er diese Problematik schon des Öfteren kritisiert hat, beantragt er die Sitzung aufzulösen. Herr **Sachse** stimmt dem zu.

Die **Vorsitzende** nimmt die Kritik auf und lobt Besserung. Nach Aufforderung stimmen die Abgeordneten der Fortführung der Sitzung und der TO mehrstimmig zu.

**Zustimmung mit Änderung Ja 11 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 35. Sitzung vom 15.10.2012**

Die Niederschrift der 35. Sitzung vom 15.10.2012 wird bestätigt.

**Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

## **TOP 5 Informationen der Vorsitzenden**

Frau **Wagner** teilt zur möglichen Abtretung der Trägerschaft der beiden Fürstenwalder Oberschulen an den Landkreis mit, dass die SPD-Kreistagsfraktion einen Antrag einreichen will, mit dem der Landkreis zur Neuberechnung möglicher Zuschüsse aufgefordert wird. Der Beschlussvorschlag beinhaltet eine maximale Erstattungshöhe pro Schüler von 75% der Gesamtkosten. Laut TO wird dies ein Thema in der nächsten Kreistagssitzung, am Mittwoch den 28.11.2012, um 17.00 Uhr im LOS in Beeskow sein.

Herr **David Sweet**, Mitglied und amtierender Vorsitzender des Integrationsbeirates erhält Rederecht und informiert die Anwesenden, dass dem Integrationsbeirat der Stadt Fürstenwalde/Spree nach dem Ausscheiden von Frau Kartzian nur noch 4 Mitglieder angehören. Sollten sich keine weiteren Mitstreiter finden, drohe der ehrenamtlich tätigen Gruppe die Auflösung. Besonders Frauen und Männer mit Migrationshintergrund sind aufgefordert sich zu engagieren.

## **TOP 6      Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 6.1    Vorstellung der Bildungseinrichtung (BE: Frau Langmeier)**

Die **Schulleiterin** begrüßt alle Anwesenden im Leseraum der Gerhard-Goßmann-Grundschule und bittet die **Vorsitzende der Schulkonferenz** die Bildungseinrichtung anhand einer Präsentation vorzustellen.

Vielseitiges Lernen stellt das Leitbild an der Schule dar. Das heißt die Schülerinnen und Schüler in ihrer Gesamtheit zu erkennen und entsprechend ihren Stärken zu fördern. Es wird ein abwechslungsreicher und vielseitiger Unterricht angeboten. Dazu gehört naturverbundenes und umweltbezogenes Lernen und sportliche Betätigung.

Wettbewerbe wie Rezitatorenwettbewerb, Vorlesewettbewerb, Schulolympiade Mathematik und das jährliche Sportfest ergänzen den Schulalltag. 2011 wurde ein Zirkusprojekt durchgeführt, das bei den Schülerinnen und Schülern besondere Kreativität und Engagement erfordert hat. Weitere Höhepunkte stellen der traditionelle „Tag der offenen Tür“ und die Einschulungsfeier für die Jüngsten in der Aula dar.

Kooperationspartner sind außer dem Förderverein, der 1993 gegründet wurde, der Süd-Club, die Stadtbibliothek, die Kita „Anne Frank“, die Kita in Langewahl und der Hort „Wirbelwind“.

Der Unterricht an der Grundschule bietet das gesamte Spektrum der Bildungs- und Erziehungsarbeit. Dabei stehen klare Strukturierungen, effektive Ausnutzung der Lehr- und Lernzeit, die Schaffung eines schöpferischen Lernklimas, Transparenz der Leistungsanforderungen sowie individuelle Förder- und Lernpläne im Vordergrund. Für die tägliche Arbeit der Lehrerschaft ist die regelmäßige Teilnahme an Weiterbildungen und Seminaren Voraussetzung.

Abschließend berichtet Frau Kirchner-Rätsch, dass die Schule seit 1996 den Namen des Malers und Grafikers Gerhard Goßmann trägt und anlässlich seines Geburtstages jährlich ein Sponsorenlauf durchgeführt wird.

Im Anschluss informiert Frau **Langmeier** über die letzten Renovierungsarbeiten im Schulgebäude, die in den Schulfluren vor 20 Jahren und in den Klassenräumen vor 15 Jahren durchgeführt wurden und bittet um eine malermäßige Grundversorgung. Einige Arbeiten konnten durch Elterninitiativen erledigt werden, wie z. B. die Renovierung des Leseraums.

Ein zweiter Schwerpunkt an der Grundschule ist die Raumnot. Es sind für 16 Klassen nur 20 Räume vorhanden. Diese Situation erschwert die Durchführung von Teilungs- und Förderunterricht (Auflösung von Klassenverbänden). Des Weiteren kann die Betreuung der Schülerinnen und Schüler, die auf ihre Busanbindung warten, nicht 100%ig gewährleistet werden. Frau Langmeier gibt zu Bedenken, dass zum Schulgebäude eine Hausmeisterwohnung gehört und ein ausbaufähiger Dachboden vorhanden ist. Die aktuelle Schülerzahl beträgt 372 Kinder. Drei 6. Klassen werden am Ende des Schuljahres die Schule verlassen und gleichzeitig werden für das neue Schuljahr voraussichtlich wieder drei 1. Klassen aufgenommen. Die Schulleiterin berichtet erfahrungsgemäß, dass ihre Schule schon seit einigen Jahren gut angewählt wird.

Frau **Wagner** dankt der Schulleiterin und der Elternsprecherin für ihre Beiträge.

### **TOP 6.2    Vorstellung des Baukonzeptes Wasserwanderstützpunkt (BE: Herr Roch), Vorstellung des Betreiberkonzeptes (BE: Herr Lehmann)**

Herr **Roch**, der seit ca. 2 Jahren das Baukonzept mit entwickelt hat, stellt dieses anhand einer Präsentation (Anlage 1) inhaltlich und baulich vor. Er erläutert die Lagepläne, Grundrisse, Ansichten und Perspektiven und analysiert die Kosten für das Herrichten und Erschließen, die Baukonstruktion, die technischen Anlagen, die Außenanlagen sowie die Ausstattung und die Baunebenkosten. Abschließend geht der Fachbereichsleiter Stadtentwicklung auf den aktuellen Bestand des Innen-

und des Außenbereichs sowie des Gebäudes ein und weist auf die Sitzung des Ausschusses am 30.08.2012 Vorort hin. (Die Baukonzeption für den Wasserwanderstützpunkt ist als Anlage 1 beigefügt.)

Im Anschluss stellt Herr **Lehmann** von der Bildungsstätte Blossin das betriebswirtschaftliche Konzept der Krause & Böttcher Bildungsstättenberatung GmbH vor. Er beurteilt den Standort des Ruderzentrums in der Stadt und geht auf Grundsätze, Gästestruktur (Zielgruppen) und Nutzungsschwerpunkte sowie Auslastungen ein und erläutert dies anhand von Zahlenmaterial.

Die Wirtschaftlichkeitsrechnung wurde mit spezifischen, bundesweiten Erhebungen verglichen. Abschließend stellt er fest, dass das knapp deckende Betriebsergebnis eine kostendeckende Bewirtschaftung möglich macht.

Auf Anfrage von Frau **Juraschek** zu motorbetriebene Bote die Frischwasser tanken und entsorgen wollen, macht Herr **Dr. Fehse** darauf aufmerksam, dass diese Möglichkeit bereits in Fürstenwalde besteht und Herr **Roch** ergänzt, dass diese Möglichkeit beim Ausbau des Wasserwanderrastplatzes Berücksichtigung finden wird.

Die Abgeordnete **Meinl** macht darauf aufmerksam, dass dieses Projekt zukunftssicher gestaltet sein sollte.

Herr **Petenati** fügt ergänzend an, dass die Bausubstanz des bestehenden Gebäudes sehr marode ist und sich kontaminiertes Material auf den Dächern befindet. Er ist jedoch sicher, wenn ein modernes Zentrum – ein Wasserwanderrastplatz besteht, der Zulauf nicht nur durch Wassersportler sondern auch durch andere Touristen garantiert ist.

Zur Frage der **Vorsitzenden**, wie die Belegungszahlen ermittelt worden sind, teilt Herr **Lehmann** mit, dass dies anhand der Zielgruppen (z. B. Schulklassen) errechnet wurde.

### **TOP 6.3 Sachstandsbericht Brauereimuseum (BE: Herr Roch, Herr Dr. Oehler)**

Einleitend informiert der **Fachbereichsleiter Stadtentwicklung**, dass sich nach heutiger Absprache mit dem Brauereibetreiber Herr Seiffert, die Lieferung der hochwertigen technischen Geräte um eine weitere Woche verschieben wird. Erst nach Aufstellung der Technologie kann das Bauwerk geschlossen werden.

Zum Stand der Errichtung und der Vorbereitungen der Eröffnung des Brauereimuseums berichtet Herr **Dr. Oehler**, dass das Konzept zur Gestaltung der Sammlung Brauereigeschichte (Brauereimuseum), die Entwürfe für die Ausstattung und die Planung für die Realisierung der einzelnen Aufgaben bis zur Eröffnung vorliegen.

Durch die baubedingten Verschiebungen kann jedoch die ursprüngliche Zeitschiene nicht eingehalten werden. Arbeitsaufgaben, die nicht unmittelbar von der bauseitigen Fertigstellung des Brauereikellers berührt werden, wie die Ausschreibung, Beauftragung und Fertigung der Einrichtungsgegenstände, die Erstellung eines Gestaltungskonzepts für die Vitrinen, die Erarbeitung und Installation der Textinformationen, audio-visuellen Filme und Präsentationen sowie die Erarbeitung und Gestaltung der Info- und Werbematerialien, stehen ebenfalls aus und sollten forciert betrieben werden. Des Weiteren sind Absprachen mit dem Museum und dem Gestalter bezüglich der Auswahl der Exponate, fachliche Zuarbeiten für die Texte, Bildgrafiken sowie Inhalte der einzelnen Filmsequenzen für das Exposé zum Hauptfilm erforderlich.

Das Betreiberkonzept sollte sich an der Aufgabenstellung des Brauereimuseums orientieren und außer den besucherfreundlichen Öffnungszeiten (6 Tage in der Woche jeweils 6 Stunden) auch eine fachkompetente Besucherbetreuung und museumspädagogische Anleitung beinhalten. Außerhalb der Öffnungszeiten sollten die Räumlichkeiten für vielfältige kulturelle Zwecke zur Verfügung zu stehen. Das Brauereimuseum im Rathauskeller des Alten Rathauses soll eine Ergänzung zu den Attraktionen und Einrichtungen des Stadtzentrums und des Areals um den Dom bieten.

Die Betreuung des Brauereimuseums ist mit der vorhandenen personellen Situation im Museum

nicht zusätzlich zu leisten. Deshalb soll versucht werden, durch die personelle Aufstockung um 20 Stunden und die Nutzung von Synergieeffekten in der Kooperation verschiedener Partner (Kufa, Agentur C, Brauerei) eine effektive Nutzung des Rathauskellers, d. h. ausreichende Öffnungszeiten für Besucher bei möglichst niedrigen Kosten gewährleisten zu können.

Abschließend erläutert der Leiter der Kufa die gesamte finanzielle Situation, die bestehenden Konditionen zwischen den Kooperationspartnern sowie die Einnahmen (Eintrittskarten) und Ausgaben für das Museum (Personalkosten für 20 Stunden, Werbungskosten). Die Prognose der finanziellen Entwicklung geht davon aus, dass ab dem 3. Jahr der Betreibung des Brauerei-Museums alle noch neben der 20-Stunden-Stelle entstehenden Kosten durch die Eintrittseinnahmen bestritten werden können.

(Die ausführliche Präsentation zum aktuellen Sachstand Brauereimuseum ist als Anlage 2 beigefügt.)

#### **TOP 6.4 Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb; hier: Änderung der Benutzungs- und Entgeltbedingungen 5/516**

Der **Werkleiter der Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen – Kommunalen Eigenbetrieb (FSF)** stellt den Beratungsgegenstand, Anpassung der Eintrittspreise im – schwapp - vor. Dies wird durch die stetig gestiegenen Energiekosten und der Erhöhung der Personalkosten erforderlich. Die im schwapp gültigen Eintrittspreise bestehen für das Sportbad seit dem 07.10.2006. Für die Sauna und das Spaßbad erfolgte auf Grund der ausgeführten Investitionen eine Preiserhöhung um 1 €. Herr Hengst erklärt, habe man 2009 noch knapp 555.700 € für die Energiekosten des schwapp aufbringen müssen, liege die Summe für 2012 voraussichtlich bei etwa 741.100 €. Um die Zuschüsse, die die Stadt dem schwapp bereits gewährt, bei rund 350.000 € jährlich belassen zu können, müssten die Eintrittspreise nun steigen. Die Betriebsleitung des schwapp hat einen Vorschlag erarbeitet, der über eine moderate Anpassung der Eintrittspreise eine Mehreinnahme von 119.500 € Netto realisieren kann. Die genaue Aufteilung in den einzelnen Tarifen ist der Beratungsdrucksache 5/516 zu entnehmen.

Auf Anfrage der Abgeordneten **Juraschek** bestätigt Herr **Hengst**, dass sich der Betreiberwechsel für das Fitnessstudios positiv auf die Planzahlen auswirkt.

Herr **Sachse** bittet zunächst um eine alternative Rechnung. Er ist der Meinung, die Stadt würde jedes Wochenende und in den Ferien zahlreichen Badegästen die nicht aus Fürstenwalde/Spree kommen subventionieren und schlägt vor, die Ticketpreise für Besucher von außerhalb zu erhöhen. Der **Werkleiter** gibt zu Bedenken, wenn die Besucher deswegen irgendwann weg bleiben, zahlen am Ende alle mehr.

Zur Frage der Preiserhöhung in der vorhandenen Gastronomie erklärt Frau **Müller** vom Eigenbetrieb, dass sie da an die Lieferanten gebunden sind, diese jedoch vierteljährlich ihre Preise anpassen.

Frau **Wagner** bemängelt die fehlenden Berichte von den FSF, worauf Herr **Hengst** erklärt, dass sich dies in den letzten Jahren wegen der Jahresabschlüsse schwierig gestaltet hat. Er nimmt die Kritik an und sichert eine halbjährliche Auswertung zu.

Herr **Sachse** schlägt vor, als kinder- und familienfreundliche Kommune die Eintrittspreise nur für die Erwachsenen besonders an den Wochenenden zu erhöhen. Worauf sich der **Werkleiter**, seine Mitarbeiterin Frau **Müller** und die **Vorsitzende** einig sind, dass die Kinder die Ausgaben nicht erwirtschaften und die Familien so oder so belastet werden. Abschließend stellt Frau Wagner fest, dass die gestiegenen Energiekosten zum Handeln zwingen!

Auf Anfrage der **Vorsitzenden** nimmt Herr **Sachse** von einer Antragstellung auf erneute Überprüfung der Anpassung der Eintrittspreise im schwapp Abstand. Über die vorliegende Beratungsdrucksache wird abgestimmt.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung der Eintrittspreise/Tarife auf der Grundlage der als Anlage 5 dieser Beratungsdrucksache beigefügten Aufstellung.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 6.5 Erarbeitung eines Konzeptes zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern (Integrationskonzept) in der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/525**

Der **Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung** erinnert an die Veranstaltung mit Herrn Prof. Dr. Heckmann aus Bamberg (am 19.04.2012 in der Kufa), zu der Vertreter aus Politik und Verwaltung herzlich eingeladen waren. Bei dem Vortrag ging es u. a. auch um Bedeutung, Chancen und Möglichkeiten für Integration und um die Erarbeitung von Integrationskonzepten auf kommunale Ebene.

Neben Cottbus und Potsdam ist Fürstenwalde/Spree eine der Städte mit dem höchsten Anteil an Bürgern mit Migrationshintergrund in Brandenburg (7% Bevölkerungsanteil).

Herr Politz betont, dass Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern ein Schlüsselthema ist und in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Integration muss auch ein Bestandteil integrierter Stadtentwicklung sein und sollte entsprechend Eingang in das diesbezügliche Konzept (INSEK) finden.

In der vorliegenden Tischvorlage, Beratungsdrucksache 5/525, wird den Stadtverordneten und der Verwaltungsführung vorgeschlagen, in den nächsten Jahren ein Integrationskonzept zu entwickeln mit dem Ziel, jeder Bürgerin und jedem Bürger die gleichen Chancen zur Teilhabe in einem friedlichen Miteinander zu garantieren. Sowohl die Erarbeitung als auch die Umsetzung eines solchen Konzeptes ist als partizipativer (aktivierender) Prozess unter Einbindung aller möglichen Akteure zu gestalten.

Bevor Ziele, Handlungsschritte und Maßnahmen mit dem Konzept verbindlich gemacht werden, sollte im ersten Schritt ein Integrationsbericht als statistische und qualitative Beschreibung der Lebenssituation der Zuwanderer und der Ressourcen die notwendigen Grundlagen schaffen.

Bisher wurden erforderliche Abstimmungen, Koordinierungen und Kontakte durch die Fachgruppe Familie, Soziales und Bildung wahrgenommen. Herr Politz erklärt, dass sich dies bewährt hat und fortgeführt werden sollte, macht jedoch darauf aufmerksam, dass diese Aufgabe auf Grund der Bedeutung einer direkten Anbindung und Unterstellung der Umsetzung an den Bürgermeister bedarf.

Abschließend erläutert er den Finanzierungsbedarf für das Kalenderjahr 2013, der sich auf ca. 60.000 € beläuft. Dabei werden 45.000 € durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und aus den Bundesprogrammen „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ und „Integration durch Vielfalt“ abgedeckt. Der geforderte Eigenanteil für die Kommune beträgt 15.000 €, die noch in die Haushaltsplanung 2013 aufzunehmen sind.

Der Abgeordnete **Sachse** bittet um Erläuterung, mit welchen Kosten die Erarbeitung und Umsetzung eines Integrationskonzeptes in den folgenden Jahren verbunden sein wird, worauf Herr Politz mitteilt, dass ein Zeitraum noch nicht abgesteckt werden kann, er geht aber davon aus, dass sich die Kosten in den Folgejahren verringern werden.

Da es keine weiteren Fragen gibt, bittet Frau Wagner über den vorliegenden Beschlussvorschlag abzustimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

In Anerkennung der herausragenden Bedeutung der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Fürstenwalde/Spree und in Wahrnehmung der politischen Verantwortung beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Erarbeitung und Umsetzung eines Integrationskonzeptes auf der Grundlage eines interkulturellen Leitbildes und in Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes. Die Erarbeitung und die Umsetzung sind von Beginn an als partizipativer Prozess

unter Einbeziehung aller möglichen Akteure zu gestalten. Hierbei sind sich die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien und die Verwaltungsführung ihrer besonderen Rolle bewusst.

Die Verwaltung wird mit der Vorlage eines Integrationsberichts zum November 2013 beauftragt, der den in der Begründung dieser Drucksache ausgeführten Anforderungen genügt.

Im Haushalt 2013 sind 15.000 Euro zur Deckung notwendiger Sachkosten bereitzustellen.

Der Bürgermeister hat durch entsprechende verwaltungsinterne Regelungen die Wahrnehmung der Aufgabe als Querschnittsaufgabe mit besonderer Priorität zu gewährleisten.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6.6 Satzung für die vorübergehende Unterbringung obdachloser Personen 5/517  
in der Stadt Fürstenwalde/Spree**

Der **Bürgermeister** bitte die verspätete Einbringung der Beratungsdrucksache zu entschuldigen und übergibt das Wort an Herrn **Politz**.

Durch die Beauftragung der GEBEWO gGmbH mit der Betreuung der Obdachlosenunterkunft der Stadt Fürstenwalde/Spree ändern sich außer einigen Formulierungen auch die materielle Grundlage für die diesbezügliche Satzung und der Kostenrahmen als Basis der Gebührenerhebungen. Zum einen besteht die Verpflichtung möglichst einen hohen Kostendeckungsgrad zu erreichen zum anderen darf mit der Erhebung der Benutzergebühr keine Gewinne erzielt werden. Aus diesem Grund wird für die Neuberechnung von einer 100%igen Belegung der Einrichtung ausgegangen. Ergänzend teilt Herr Politz mit, dass die Benutzergebühr je Bettenplatz in Höhe von 377,12 € pro Monat, laut der Richtlinie des LOS zu den Kosten der Unterkunft, angemessen ist.

Die stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses empfehlen der Stadtverordnetenversammlung die vorliegende Beratungsdrucksache zu beschließen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage aufgeführte Satzung für die vorübergehende Unterbringung obdachloser Personen in der Stadt Fürstenwalde/Spree einschließlich der Gebührenordnung.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6.7 Bestätigung des Sitzungsplanes 2013**

Zum vorliegenden Entwurf des Sitzungsplanes 2013 haben die Mitglieder des Ausschusses keine Änderungswünsche.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6.8 Inaussichtstellung Projektschwerpunkte 2013**

Der **Fachbereichsleiter Stadtentwicklung** erläutert notwendige bzw. unumgängliche Investitionen für die folgenden Jahre im sozialen Bereich.

- Im Jugendgästehaus (JGH) sollen im Januar 2013 die Bauleistungen aufgenommen werden.
- Sonnengrundschule als inklusive Schule, der Komplex des ehemaligen WAT und der Hort "Abenteuerland" werden in das Pilotprojekt eingebunden sein
  - Umbau des ehemaligen WAT-Gebäudes

- Umbaumaßnahmen innerhalb der Schule, beschulungsreifere Räume für z. B. gehör- geschädigte Kinder, Umsetzung eines Farbkonzeptes und gleichzeitige malermäßige Instandsetzung der Räumlichkeiten
  - : 75% Fördermittel

Herr Roch erklärt, dass städtebauliche Projekte wie z. B. Umgestaltung des Stadtparks, Errichtung Markteck und Straßenbauarbeiten im Bereich des Kaiserhofs, kaum gefördert werden und zeitlich aufgeschoben werden müssen.

- **Schulen:**

Gerhard-Goßmann-Grundschule: Fußbodenbeläge sind bereits erneuert worden, Malerarbeiten mussten wegen anderer Dringlichkeiten aufgeschoben werden

- *keine Fördermittel erhältlich*

Theodor-Fontane-Grundschule: die Speiseraumsanierung würde von den Kosten her einem Neubau nicht nachstehen (ca. 700.000 € für einen Neubau zuzüglich der Neugestaltung der Außenanlagen – Regenwasserproblematik)

Sigmund-Jähn-Grundschule: der Speiseraum ist aufwendig saniert worden (Grundwasserschäden), die Eingangsbereiche und Fassaden sind im maroden Zustand, Wärmedämmung und Sanierungsmaßnahmen zuzüglich Planungsleistungen in Höhe von ca. 840.000 €

- **Kitas:**

Kita „Parkspatzen: feuchter Keller (steigendes Grundwasser) vorhanden, der Einbau eines Speiseaufzuges ist erfolgt, einem evt. Dachausbau steht der fehlende zweite Rettungsweg entgegen

Kita „Bummi“: - Erneuerung des Daches ist erfolgt, Arbeiten im Kellerbereich stehen noch an

Hort „Wirbelwind“: - Trockenlegung des Gebäudes ist noch nicht abgeschlossen, Außenanlagen müssten attraktiver gestaltet werden – Kosten ca. 120.000 €

**Gesamtkosten: ca 4,38 Mill.€**

**Chancen auf Fördermittel: ca. 1,6 Mill. €**

## TOP 7 Informationen der Verwaltung

Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit bittet Herr **Malcher** die geplante Präsentation zum Thema Friedhofsumbau zu vertagen. Die **Vorsitzende** bietet dazu die nächste Sitzung am 10.01.2013 an.

Bezüglich des Auftrages aus dem politischen Raum, die Bestattungsangebote auf den Friedhöfen der Stadt Fürstenwalde/Spree zu erweitern, erläutert der **Fachgruppenleiter für Öffentliche Ordnung und Gewerbe** kurz die Historie der Friedhöfe. 1990 wurde die erste anonyme Urnenwiese auf dem Hauptfriedhof eingeweiht. Da diese 2011 voll belegt war, wurde eine weitere Urnenwiese eröffnet, auf der die Hinterbliebenen ihre Angehörigen halbanonym bestatten lassen können. Die bisher übliche Bestattungsform im Reihengrab wird immer seltener. Mit der Zeit entstehen somit immer größere Leerstände bzw. freie Flächen, die von der Kommune gepflegt werden müssen. Dieser Aufwand hat die Erhöhung der Gebühren zur Folge. Perspektivisch ist ein Umbau der Friedhöfe anzustreben.

Im Jahr 2013 wird auf dem Hauptfriedhof der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bezüglich der Bestattungsangebote „Kolumbarien“ umgesetzt. Die Kosten betragen ca. 10.000 € bis 12.000 €. Für einen Nutzungszeitraum von 20 Jahren wird die Benutzungsgebühr für eine derartige Bestattung auf ca. 1.300 € geschätzt. Im Vergleich dazu kostet eine halbanonyme Bestattung



536,36 €.

Zum Thema Investitionen ergänzt Herr Malcher zu den Ausführungen von Herrn Roch, dass der Eingangsbereich zum Hauptfriedhof neu gestaltet werden muss, da das vorhandene Pflaster den Zugang zur Einrichtung für Menschen mit Handicap erschwerlich macht. Des Weiteren sind Maßnahmen im Bereich des Verwaltungsgebäudes erforderlich.

Abschließend erklärt der Fachgruppenleiter, dass der Entwurf der Friedhofssatzung heute nicht eingebracht wird, da die Interpretation des bisherigen Bestattungsrechts zur Nichtigkeit der Satzung führen würde. Laut Aussagen des Innenministeriums sollte die Novellierung des Brandenburgischen Bestattungsrechts abgewartet werden. Dies soll im Frühjahr 2013 abgeschlossen sein. Aus diesem Grund wird die bisherige Satzung weiter ihre Gültigkeit haben (Bestandsschutz).

Herr **Politz** erinnert an die Kick-Off-Veranstaltung des Beteiligungsprojektes: „Fürstenwalde – Fit für die Beteiligung“ am 27.11.2012, um 18.00 Uhr in der Kufa. Des Weiteren macht er nochmals auf die Workshops für Stadtpolitik und Verwaltung am 12.12.2012 und 26.01.2013 aufmerksam. Anmeldungen werden gern von Herrn Ringler oder Herrn Neumann entgegengenommen.

## **TOP 8      Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Der Abgeordnete **Runge** weist darauf hin, dass die Auffahrt von der Haydenstraße zum Harbigstadion durch die angrenzenden Umbauarbeiten nicht mehr nutzbar ist. Der Fachbereichsleiter Stadtentwicklung nimmt den Hinweis auf.

Die **Vorsitzende** hat Kenntnis vom aktuellen Kinderschutzbericht des Landkreises (auf der Internetseite des LOS eingestellt), in dem die Stadt Fürstenwalde/Spree sehr negativ auffällt. Sie fragt an, ob sich die AG Kindeswohl mit der Thematik beschäftigt hat und schlägt vor, diese Ergebnisse in einer Sondersitzung zu thematisieren, worauf Herr **Politz** sein Interesse bekundet. Daraufhin bittet der Abgeordnete **Sachse** die **Vorsitzende** einen zusätzlichen Sitzungstermin in 2013 mit dem Stadtverordnetenbüro zu planen.

Da der Antrag von der Fraktion Die Linke zur Nominierung „Preis für das soziale Engagement...“ nicht vorliegt, kann der nichtöffentliche Teil der Sitzung nicht durchgeführt werden. Frau Wagner macht den Vorschlag diesen auf den 13.12.2012 (vor der letzten Stadtverordnetenversammlung), um 17:30 Uhr, im Beratungsraum der Wowi zu vertagen.

## **TOP 9      Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Fachgruppenleiter Kultur und Sport lädt abschließend zum Fürstenwalder Weihnachtsmarkt vom 14.12. bis 16.12.2012 ein.

Die Vorsitzende beendet um 21.05 Uhr die 36. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

Die Niederschrift umfasst 9 Seiten und 2 Anlagen.

Elke Wagner

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin